

**Abstimmung – Vote**

Für den Ordnungsantrag Bonny	74 Stimmen
Dagegen	51 Stimmen

**Ordnungsantrag – Motion d'ordre**

**Steinemann** Walter (A, SG): Seit 1925 besteht ein Beschluss der Stadt Bern, dass während Sessionen Demonstrationen auf dem Bundesplatz verboten sind. 1967 wurde dieses Verbot explizit bestätigt.

Trotzdem ist für heute nachmittag unverständlicherweise schon wieder eine Ausnahmebewilligung, zugunsten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, erteilt worden. Zu dieser Bewilligung für heute haben nachträglich die Ratspräsidenten klar zum Ausdruck gebracht, dass in Zukunft während den Sessionen keine Ausnahmen zu diesem Verbot mehr gemacht werden dürfen.

Ich habe bereits an der Bürositzung vom vergangenen Montag die Bewilligung als Skandal bezeichnet und offiziell dagegen protestiert. Wir von der Freiheits-Partei verurteilen, dass wissentlich und willentlich gegen das Demonstrationsverbot verstossen wird. Wir sind nicht bereit, dies einfach so hinzunehmen oder zu akzeptieren – wie anscheinend Leute, die es mit Zwischenrufen demonstrieren – und unter dem Druck von Demonstrationen zu verhandeln. Insbesondere verurteilen wir auch, dass sich in diesem Fall sogar der Bundesrat in die Angelegenheit des Parlamentes eingemischt hat und für die Ausnahmebewilligung eingetreten ist.

Ich stelle jetzt den Antrag im Namen der Fraktion der Freiheits-Partei, dass die Ratssitzung von heute nachmittag wegen der Demonstration nicht durchgeführt wird.

**Präsidentin:** Nachdem die Frage aufgeworfen worden ist, ob die Sitzung heute nachmittag durchgeführt werden soll, möchte ich es nicht versäumen, Sie über die diesbezügliche Diskussion im Büro zu orientieren.

Das Büro hat begreiflicherweise erst am Montag dieser Woche über diese Frage diskutiert. Es ist festgestellt worden, dass der Gemeinderat der Stadt Bern für die Erteilung solcher Bewilligungen zuständig ist. Anlässlich einer kürzlichen Aussprache zwischen den Behörden der Stadt Bern, den Ratspräsidien und dem Bundespräsidenten haben alle drei Seiten den klaren Willen bekundet, am Demonstrationsverbot während den Sessionstagen festzuhalten.

Es ist im Büro aber auch festgestellt worden, dass der Gemeinderat der Stadt Bern die Bewilligung nach Rücksprache mit dem Bundesrat erteilt hat. Der Bundesrat hat vor seinem Entscheid die Ratspräsidien diesbezüglich nicht konsultiert. Das Büro hat beschlossen, dass man diesbezüglich mit dem Bundespräsidenten Kontakt aufnehmen werde. Das wird noch in dieser Session geschehen.

Das Büro hatte keine Veranlassung, den Bundesratsentscheid inhaltlich zu diskutieren. Nachdem der Bundesrat vom Antragsteller angegriffen worden ist und nachdem der Bundespräsident wegen des nächsten traktandierten Geschäftes bei uns weilte, möchte ich ihm das Wort geben.

**Stich Otto, Bundespräsident:** Es ist richtig, dass wir eine Diskussion gehabt haben mit der Frau Präsidentin, mit dem Ständeratspräsidenten, mit dem Stadtpräsidenten von Bern und mit dem Polizeichef der Stadt Bern. Dies war am 16. April, wenn ich mich richtig erinnere.

Es ging um die Frage: Kann eine solche Demonstration bewilligt werden, ja oder nein? Mich hat Mitte des Monats der Stadtpräsident angerufen und gefragt: Was sollen wir tun? Ich habe gesagt: Es ist Sache der Stadt, darüber zu entscheiden, ob auf der Strasse oder dem Bundesplatz demonstriert wird, nicht Sache des Bundesrates. Aber der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung, während Sessionstagen sollte keine Demonstration bewilligt werden.

Die weitere Diskussion hat dann gezeigt, dass die Organisatoren dieser Demonstration am 4. Mai mit einem Fax dem Berner Gemeinderat, dem Polizeivorstand ihre Pläne mitgeteilt und um eine Aussprache ersucht haben; danach haben

sie nichts mehr gehört. Man kann den Organisatoren vorwerfen, sie hätten sich noch erkundigen können. Aber jedenfalls haben sie nichts mehr gehört und haben dann zur Kundgebung eingeladen.

Unter dieser Voraussetzung habe ich den Bundesrat orientiert. Ich selber habe dem Bundesrat vorgeschlagen, wir sollten der Stadt klar sagen, in Zukunft würden wir es sehr schätzen, wenn keine Demonstrationen mehr bewilligt würden. Aber hier, wenn eine Demonstration schon organisiert sei, wäre es vermutlich nicht sehr geschickt, auch aus sicherheitspolitischen Gründen, wenn man diese Demonstration im letzten Moment anderswohin verlegen würde, weil dann trotzdem Leute vor das Bundeshaus kämen. Unter dieser Voraussetzung sind wir der Meinung gewesen – und der Bundesrat hat dem zugestimmt –, dass diese Demonstration wegen der Missverständnisse, die sich offenbar ergeben haben, durchgeführt werden dürfe – aber dies sei die letzte Ausnahme; dies müsse für alle klar und eindeutig sein.

Aber der Entscheid, der liegt bei der Stadt Bern, wir haben uns dazu klar geäußert.

**Abstimmung – Vote**

Für den Ordnungsantrag Steinemann	49 Stimmen
Dagegen	79 Stimmen

**94.020****Staatsrechnung 1993  
Compte d'Etat 1993**

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 30. März 1994  
Message et projets d'arrêtés du 30 mars 1994

Bezug bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern  
S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

**Marti Werner** (S, GL), Berichterstatter: «Miserabel, negative Spitze, Rekorddefizit, katastrophal, wir gehen dem finanziellen Ruin entgegen, so kann es nicht weitergehen, der Ernst der Lage wurde nicht erkannt, erstaunt und schockiert über das unverständliche Wachstum der Ausgaben ....» Was ich Ihnen hier aufzähle, ist nicht die Qualifikation des Rechnungsergebnisses 1993, sondern Ihre Beurteilung des Rechnungsergebnisses 1992 in diesem Rate, nachzulesen im Amtlichen Bulletin auf den Seiten 1164 bis 1176.

Bei der Rechnung 1992 betrug das Defizit der Finanzrechnung 2,86 Milliarden, die Staatsverschuldung stieg auf 55,6 Milliarden, und die Nettozinslast betrug 1992 2,5 Milliarden Franken.

1993 weist das Defizit in der Finanzrechnung einen Betrag in mehr als der doppelten Höhe von 7,81 Milliarden aus, die Staatsverschuldung stieg um 14 Milliarden auf 70 Milliarden, einzig verbessert hat sich dank den günstigen Zinsen die Nettozinslast. Der Anteil des Defizits 1993 beträgt 2,3 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die Staatsquote stieg von 1991 mit 10,7 Prozent 1993 auf 11,8 Prozent, die Steuerquote hingegen sank im gleichen Zeitraum von 8,9 Prozent auf 8,4 Prozent.

In Anbetracht des Zahlenvergleiches, den ich hier angestellt habe, und in Erinnerung Ihrer Voten, die Sie zur Staatsrechnung 1992 gemacht haben, verzichte ich darauf, das Rechnungsergebnis 1993 anhand irgendwelcher Adjektive zu kommentieren, sondern ich möchte Ihnen die Zahlen im einzelnen begründen, Ihnen auch darlegen, weshalb es zu diesem grossen Defizit gekommen ist.

Auffallend ist bei der Rechnung 1993, dass die Einnahmen massiv rückläufig waren. Budgetiert waren noch 36,7 Milliarden Einnahmen, die Rechnung wies lediglich 32,8 Milliarden Franken Einnahmen aus. Sie liegen damit 6,2 Prozent unter dem Ergebnis von 1992, sogar 2,1 Prozent unter dem Ergeb-

nis von 1991. Hauptverantwortlich hierfür war der massive Rückgang der Einnahmen bei der Wust. Budgetiert waren da 10,9 Milliarden, die Rechnung weist einen Minderertrag in der Höhe von 1,6 Milliarden Franken auf.

Diese Differenz gegenüber dem Budget ergibt sich hauptsächlich daraus, dass das Budget von einem nominellen Wirtschaftswachstum von 5 Prozent ausgegangen ist und dass sich die rückläufige Investitionstätigkeit im Rechnungsjahr bei den Einnahmen massiv zu Buche geschlagen hat.

Ebenfalls stark rückläufig gegenüber dem Budget sind die Verrechnungssteuereinnahmen. Diese weisen gar nur 1,9 Milliarden Franken auf – gegenüber dem Budget, welches noch mit Einnahmen von 4,3 Milliarden Franken rechnete. Die Einnahmen auf den Verrechnungssteuern sind so tief wie seit 1985 nicht mehr. Die Gründe hierfür sind einerseits bei den tieferen Zinsen und andererseits bei der hohen Rückerstattungsquote zu suchen, welche im Rechnungsjahr 91,2 Prozent betrug. Trotz Benzinzollerhöhung erreichten die Treibstoffzölle das budgetierte Ausmass nicht. Positiv gegenüber dem Budget schnitten einzig und allein die Stempelabgaben ab.

Die Ausgaben demgegenüber weisen gegenüber dem Budget und der Rechnung 1992 einen Anstieg von 7,4 Prozent auf und erreichen die Höhe von 40,6 Milliarden Franken. Berücksichtigt man bei diesen Ausgaben die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung von 2,1 Milliarden Franken, dann sind die Ausgaben noch um 700 Millionen Franken oder um 2 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man im weiteren die tiefen Passivzinsen und die tiefen Kantonsanteile, so muss davon ausgegangen werden, dass die Ausgaben im Jahre 1993 um 3,3 Prozent anstiegen, währenddem die Einnahmen massiv zurückgegangen sind.

An dieser Stelle möchte ich bezüglich der Arbeitslosenversicherung eine Klammerbemerkung machen. Die Finanzplanzahlen gehen davon aus, dass bei der Arbeitslosenversicherung der höhere Beitragssatz zur Finanzierung beigezogen werden kann. Auch wenn ich hier der Kommission für Wirtschaft und Abgaben nicht dreinreden möchte, will ich darauf hinweisen, dass bei einer Verzögerung der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zumindest die Finanzierungsfrage vorgezogen werden müsste, damit wir unsere Rechnung im Jahre 1995 nicht mit neuen Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung belasten müssen.

Zu den Ausgaben im einzelnen. Einen starken Anstieg weist der Bereich soziale Wohlfahrt auf, wobei hier der Hauptbrocken mit 2,1 Milliarden Franken auf die erwähnte Arbeitslosenversicherung fällt. Angestiegen sind auch die Beiträge für die AHV und IV in der Grössenordnung von 600 Millionen Franken, womit der Zuwachs im Bereich soziale Wohlfahrt in der Gesamthöhe von 2,7 Milliarden Franken praktisch abgedeckt ist.

Ein starkes Wachstum weist ebenfalls der Sektor Verkehr auf. Hier stiegen die Ausgaben von 5,6 auf 6,2 Milliarden Franken, somit um 10,6 Prozent, wobei der Strassenverkehr um 15,6 Prozent und der öffentliche Verkehr um 6,3 Prozent angestiegen sind. Zugunsten dieser Ausgabenbereiche ist aber festzuhalten, dass hier die unterschiedlichen Entwicklungen in den Vorjahren zu berücksichtigen sind. Rückläufig bei den Ausgaben ist das EMD, wobei zu bemerken ist, dass der Aufschub der Zahlungen für das neue Kampfflugzeug sich für die Rechnung günstig ausgewirkt hat, diese Zahlungen aber in den Folgejahren anfallen werden.

Einen Anstieg weist erneut der Bereich der Landwirtschaft auf mit 8 Prozent respektive 254 Millionen Franken. Hier haben die Direktzahlungen bei praktisch gleichbleibenden Verwertungskosten zu Buche geschlagen. Dies zu den Zahlen, zur Analyse.

Mit dem Bundesrat geht die Finanzkommission davon aus, dass der Sanierung des Bundeshaushaltes erste Priorität zukommt. Gemäss den Berechnungen des Bundesrates ist die Hälfte des heutigen Defizits in der Finanzrechnung struktureller Natur. Über die genaue Aufteilung des Defizits in einen strukturellen und in einen konjunkturellen Teil lässt sich sicher streiten. Die Finanzkommission erachtet es aber als realistisch, heute von einem strukturellen Defizit und damit von einem Sanierungsbedarf in der Grössenordnung von 4 Milliar-

den Franken auszugehen. In der Definition des Zieles «Sanierung» besteht Einigkeit. Auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden soll, haben wir mit den Sanierungsprogrammen I und II aufgezeigt.

Ob diese doppelte Strategie, welche auf der einen Seite Ausgabenkürzungen und auf der andern Seite Mehreinnahmen fordert, auch dem Sanierungsprogramm III zugrunde gelegt werden soll, darüber hat sich die Finanzkommission noch nicht unterhalten. Persönlich bin ich aber klar der Meinung, dass dies der einzig mögliche Weg ist, um mittelfristig die Bundesfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Eine Sanierung der Bundesfinanzen nur über Ausgabenkürzungen ist – dies zeigt das Ergebnis 1993 mit aller Deutlichkeit – unrealistisch.

Obwohl der Bund zusammen mit den Bundesbetrieben gemäss den Erhebungen des Personalamtes im Rechnungsjahr über 3400 Stellen abgebaut hat, haben wir Rekorddefizite zu genehmigen. Bei aller Anerkennung der Sparbemühungen des Bundesrates und der Bundesbetriebe ist im Zusammenhang mit diesem Stellenabbau aber auch festzuhalten, dass damit der Bund zum Jobkiller der Nation geworden ist.

Noch eine Bemerkung mehr administrativer Natur. Sie haben mit den Unterlagen zur Staatsrechnung auch den Bericht der Finanzdelegation erhalten. Das Sekretariat der Finanzkommission ersucht mich, darauf hinzuweisen, dass auf Seite 15 dieses Berichtes ein Fehler besteht. Da wird ausgeführt, dass für die Organisation der Herbstsession in Genf die Bundeskanzlei beauftragt worden sei. Das Sekretariat der Finanzkommission legt Wert darauf, dass hierfür die Parlamentsdienste zuständig gewesen sind. Ich ersuche Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Abschliessend beantrage ich Ihnen im Namen der Finanzkommission, welche mit 16 zu 0 Stimmen und einer Enthaltung Zustimmung zum Bundesbeschluss I über die Staatsrechnung und zum Bundesbeschluss II über die Rechnung des Bundesamtes für Rüstungsbetriebe beschlossen hat, diese zu genehmigen.

**Camponovo** Geo (R, TI), relatore: Prendano atto i traduttori che non seguirò il testo che ho consegnato, perché siamo in ritardo. Forse ha ragione il collega che mi diceva: «Prova una volta ad andare alla tribuna e a raccontare di quando il primo uomo è sceso sulla luna invece di parlare dei conti dello Stato; vedrai che pochi se ne accorgono.» O forse aveva più ragione ancora un osservatore critico esterno, del popolo, come si suol dire, che diceva: «Voi vi struggete molto per riordinare i conti dello Stato. Perché non prendete una prima misura? Andate in vacanza per un anno! Vedrete che farete molto meno danno, creerete meno spese, i conti dello Stato si sistemerebbero un po' più facilmente.» Forse hanno ragione queste voci. Certo che ci troviamo in una situazione tutta nuova per la Svizzera. Ieri abbiamo sentito dal Consiglio federale che le prospettive per il 1995 sono di un disavanzo attorno ai 9 miliardi di franchi.

Io vi posso annunciare che in Commissione delle finanze abbiamo già intravvisto un minor gettito per l'anno in corso di 500/600 milioni di franchi d'imposte. Per cui le prospettive sono tutt'altro che rosee, e ad essere accusata è quella parte di questo disavanzo che è chiamata, in gergo, «strutturale», vale a dire quella parte del disavanzo che nemmeno una ripresa economica potrà eliminare. E' quella parte del disavanzo che è una chiara e aperta accusa alla classe politica, inadempiente verso i mandati costituzionali; una classe politica, Consiglio federale compreso, che ancora viene a dirci: ma sì, i programmi di riordino delle finanze, il terzo pacchetto, verranno, ma non risolveranno il problema.

Perché nessuno ha il coraggio di dire a questa Nazione che deve vivere in un altro modo? Tutti noi continuiamo – durante le tre settimane di sessione e nelle commissioni – a ragionare, a proporre, a inventare diritti acquisiti o aspirazioni assolute, prioritarie, indispensabili, perché altrimenti «il mondo crolla e la Svizzera non sarebbe più la Svizzera». Come Commissione delle finanze abbiamo l'ingrato compito, che è anche quello del Ministro delle finanze, di ripetere: «attenzione, attenzione, perché state scivolando verso una situazione che sarà molto

difficile da recuperare.» I disavanzi possono procurare degli effetti perversi, che il Ministro delle finanze ripete ad ogni piè sospinto. E' in gioco l'immagine stessa della Svizzera, cioè i valori sui quali noi abbiamo costruito questa nostra ricchezza; ad esempio l'equilibrio finanziario. Ma non ci preoccupiamo più di quel tanto, né ci preoccupiamo di dire che la parte congiunturale del disavanzo nega una volta per tutte la teoria della crescita zero, quella che sostiene che si potrebbe vivere senza crescita economica, che tutti coloro i quali si aspettano e cercano una ripresa economica, una incentivazione delle attività economiche, sono dei distruttori di valori.

Per il 1993 possiamo ben dire che la Confederazione ha dimostrato di non saper contenere le spese proprie, le spese di propria diretta competenza. Non l'ha saputo fare, e difficilmente lo potrà fare, per quanto riguarda i trasferimenti. Sono tutti quei soldi che noi diamo agli altri, ai Cantoni, alle associazioni e – chi più ne ha più ne metta – a tanti diretti interessati. Ecco: lì sarà difficile intervenire, perché a quel momento si coalizzano tutte le opposizioni, da destra, da sinistra, lo spettro politico si allarga. Per ridurre le entrate o per non ridurre le uscite, assistiamo a coalizioni di ogni genere nelle commissioni, nel Parlamento, nella stampa, nella piazza anche. Non ci si rende ancora conto della situazione nella quale siamo.

**Baumann Ruedi (G, BE):** Man muss vom Absturz in die roten Zahlen, von explosionsartiger Zunahme der Verschuldung reden. Die Schweiz hat ihre Rolle als Musterschülerin im Finanzhaushalt im internationalen Vergleich verloren. Die sogenannte Maastrichter Limite – Beschränkung des Defizites der öffentlichen Hand auf 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes – kann bei weitem nicht mehr eingehalten werden, kurz: Die Schweiz kann nicht mehr als finanzpolitisches Vorbild gelten. Wie schwierig es ist, in dieser Situation das Richtige zu tun, möchte ich anhand der Personalausgaben auf der einen Seite und der Darlehenszahlungen an den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung auf der anderen Seite etwas erläutern. Mit einigem Stolz weist man darauf hin, dass sich im Personalbereich eine Trendwende abzeichne. Erstmals seit mehreren Jahren wurden bei der Bundesverwaltung Stellen abgebaut. Auch die SBB und die PTT haben bekanntlich ihren Personalbestand markant reduziert. Mit dem Abbau von insgesamt über 3400 Stellen war der Bund damit der grösste «Arbeitsplatzvernichter» der Schweiz. Leider wirkt sich dieser Arbeitsplatzabbau beim Bund in der Staatsrechnung nicht nur positiv durch verminderte Ausgaben aus. Mit grosser Wahrscheinlichkeit müssen diese Ausgaben, namentlich in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, postwendend durch höhere Sozialausgaben bezahlt werden. Sie wissen es: Mit der Darlehenszahlung an den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung von über 2 Milliarden Franken kann zumindest ein wesentlicher Teil dieses Defizits von rund 8 Milliarden Franken erklärt werden.

Wir von der grünen Fraktion sind der Überzeugung, dass sich die Staatsrechnung nicht ohne neue Einnahmen sanieren lässt. Wir haben kürzlich gehört, dass die Schweiz ihr Musterknabendasein nicht nur in der Finanzpolitik eingebüsst hat, sondern auch in der Umweltpolitik. Neue marktwirtschaftliche Elemente, sprich: Energieabgaben, CO<sub>2</sub>-Abgaben, drängen sich auf, wenn wir beim europäischen Umweltstandard noch mithalten wollen. Wir meinen, eine eigentlich ökologische Steuerreform könnte unserem Staatshaushalt und unserer Umwelt gleichzeitig weiterhelfen.

Das strukturelle Defizit der Staatsrechnung ist so hoch, dass wir um neue Einnahmen nicht herumkommen. Wir unterstützen den Bundesrat, wenn er die Benzinlölzuschläge weiter erhöhen will. Im internationalen Vergleich haben wir immer noch einen viel zu günstigen Treibstoffpreis. Allerdings erwarten wir gleichzeitig, dass der Bundesrat nun hartnäckig die Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgaben und der Energieabgaben weiterverfolgt. Weitere Einsparungen durch Arbeitsplatzabbau erachten wir hingegen nicht als den richtigen Weg.

**Le président:** Avant de passer la parole à M. Rebeaud, je voudrais féliciter M. Bircher Peter qui fête aujourd'hui son anniversaire. Nos meilleurs voeux au nom du Conseil! (*Applaudissements*)

**Rebeaud Laurent (G, GE):** J'aimerais faire une remarque et poser une question à propos d'un sujet évoqué tout à l'heure par M. Baumann, à savoir l'emploi. C'est un problème relativement marginal par rapport aux comptes, mais c'est le problème central de notre société actuellement, et nous avons le sentiment que la Confédération ne fait pas ce qu'elle devrait faire dans ce domaine.

On nous annonce glorieusement dans le message du Conseil fédéral que 40 millions de francs ont pu être économisés grâce à une réduction de 369 postes de travail, ce qui correspond à peu près à 1 pour cent de l'ensemble des emplois offerts par la Confédération. Ainsi, 369 personnes, en particulier 369 jeunes, n'ont pas trouvé d'emploi dans l'administration fédérale à cause du blocage du personnel et de la réduction des effectifs. Les jeunes qui n'ont pas trouvé d'emploi à cause de ces mesures restent comme chômeurs à la charge de la Confédération. J'aimerais bien savoir si on a fait le calcul financier de ce type d'opération. Monsieur Stich, je vous répéterai ma question tout à l'heure parce qu'il est important d'y répondre.

Les 40 millions de francs économisés grâce à une réduction de 369 personnes du nombre des employés de la Confédération doivent faire l'objet d'aides de la Confédération au fonds de compensation de l'assurance-chômage pour un nombre équivalent de chômeurs dans la société. La grande différence entre la Confédération – et les collectivités publiques en général – et une entreprise, c'est que quand une entreprise supprime des postes de travail elle économise sur les salaires. La Confédération, elle, ne fait aucune économie. Elle fait des économies sur ses charges de personnel, et puis elle doit faire des dépenses un peu inférieures, c'est entendu, au titre de l'aide aux chômeurs. Le bilan, j'en ai peur, est négatif: il ne s'agit pas seulement de payer pour des chômeurs qui ne font rien, il s'agit aussi de prendre en compte l'ensemble des conséquences sociales, personnelles, sanitaires du chômage.

Vous savez aussi bien que moi, Monsieur Stich, qu'un chômeur est plus volontiers candidat à l'assurance-invalidité, qu'il tombe plus facilement malade, qu'il pose à la société toute une série de problèmes qui ne sont pas seulement familiaux, mais qui sont également liés aux obligations des collectivités publiques, et je crains que le bilan financier de l'opération soit nul, avec un déficit psychologique, politique et sociologique important.

Je suis déçu que le Conseil fédéral ne prenne pas au sérieux son rôle dans le domaine de la recherche des nouvelles formes de lutte contre le chômage, que notre société doit élaborer et mettre en oeuvre, puisque nous avons un fort chômage structurel que les augmentations de productivité ne vont que tendre à augmenter. De plus, je vous rappelle, Monsieur Stich, ainsi qu'au Conseil fédéral, mon postulat (92.3479) déposé le 3 décembre 1992, donc il y a plus d'une année, intitulé «Nouvelle politique de l'emploi» et qui avait été accepté par le Conseil fédéral le 3 février 1993 (BO 1993 N 588). Alors pour une fois que le Conseil fédéral était d'accord avec une de mes propositions, je m'en étais réjoui, mais je dois constater, une année et demie après – je vous donnerai le texte, je l'ai même en allemand –, qu'il ne s'est strictement rien passé.

Le point 3 de ce postulat proposait qu'on étudie une formule permettant «une réduction progressive et souple du temps de travail des fonctionnaires, pouvant prendre la forme d'une réduction de l'horaire hebdomadaire, d'une alternance de périodes de travail en plein temps et de périodes de formation, d'un encouragement des emplois à temps partiel et du 'job sharing', ou encore d'une combinaison de ces diverses formules»; l'ensemble de cette politique devant tendre au moins à ce que le nombre de personnes employées par la Confédération ne diminue pas.

Le Conseil fédéral a accepté ce postulat. Il s'est par conséquent engagé à publier un rapport et, jusqu'à maintenant, ce rapport n'a pas vu le jour. J'ai insisté auprès de M. Delamuraz, conseiller fédéral, il y a trois mois pour savoir où nous en étions. J'ai reçu une petite feuille jaune avec quelques lignes disant qu'on discutait un peu avec les représentants de la fonction publique. Ce postulat est resté dans un tiroir, le Conseil fédéral l'a oublié. Je vous prie donc de me dire si vous

croyez vraiment que la Confédération n'a aucune espèce de devoir particulier pour chercher les voies que la société de demain devra explorer et parcourir, de manière à ce que le chômage disparaisse ou, du moins, qu'il soit réduit à une proportion convenable.

**Bührer Gerold (R, SH):** Die Staatsrechnung ist Anlass, Rückschau zu halten. Die Analysen, die wir im Zusammenhang mit der Staatsrechnung machen, müssen aber in erster Linie auch Ansporn sein, die zukünftige Entwicklung zu beurteilen, dies insbesondere auf dem Hintergrund der gravierenden Verschlechterung des Zahlenwerkes im vergangenen Jahr. Sie haben die Kennzahlen von den Sprechern der Kommission gehört. Ich kann verzichten, sie zu wiederholen. Wenn wir die Zahlen zusammenfassen, müssen wir drei Fakten festhalten:

1. Wir – die Schweiz – haben eindeutig den Ruf als Hort finanzpolitischer Stabilität eingebüsst. Mit einem Defizit des Bundes von 2,3 Prozent des Bruttoinlandproduktes – wenn man die gesamte öffentliche Hand nimmt, gibt das über 5 Prozent – sind wir nicht nur über der Maastrichter Limite, sondern liegen wir höher als andere massgebliche Industrieländer.

2. Wir laufen Gefahr und sind leider daran, nicht nur den Ruf als Hort finanzpolitischer Stabilität einzubüssen, sondern auch die steuerliche Attraktivität mehr und mehr zu verlieren. Wir sind, wenn wir die direkten Steuern und die Sozialabgaben vergleichen, lediglich noch 1,5 Prozent unter dem Durchschnitt der OECD. Diese Kennzahl, ohne die indirekten Steuern, ist für Leistungsanreiz, ist für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend.

3. Wir sind daran, durch die enorm gestiegene Verschuldung und dem dadurch in der Zukunft wahrscheinlich bei höheren Zinsen steigenden Nettozinsaufwand den Handlungsspielraum für zukünftige Aufgaben mehr und mehr zu beschränken. Mit anderen Worten: Von den drei Säulen unseres Erfolges – hohe Ausbildung, politische und soziale Stabilität, finanzpolitische und steuerliche Attraktivität – geht die dritte und damit ein entscheidender Trumpf für die Standortqualität Schweiz mit dieser Finanzpolitik mehr und mehr verloren. Diese Situation wird um so besorgniserregender, als der strukturelle Defizitsockel, wie man ihn auch immer definitiv abgrenzen will, eindeutig steigende Tendenz hat. Er hat vor allem steigende Tendenz, weil das darunterliegende Wirtschaftswachstum, und zwar nicht nur konjunkturell, sondern langfristig betrachtet, sich zurückgebildet hat und gleichzeitig die Alterspyramide, wie wir wissen, immer breiter wird.

Was ist zu tun? Ich glaube, es führt nichts daran vorbei, dass wir – vor allem auch mit Blick auf das dritte Sanierungsprogramm, das wir vom Bundesrat mit aller Entschiedenheit erwarten – nicht Kosmetik, sondern Ursachentherapie betreiben. Es gibt keine Zaubertricks, es gibt nur einen Weg: Die Schere zwischen Ausgabenwachstum und Wirtschaftswachstum durch eine Rückbildung des übermässigen Ausgabenwachstums zu schliessen. Wir können uns nicht um einschneidende Massnahmen drücken. Dramatisierung ist zwar fehl am Platz, genauso aber auch die Verharmlosung der Finanzlage. Wer Schönfärberei betreibt und meint, wir könnten uns harte Massnahmen ersparen, der sieht an der Sache total vorbei.

Im Zusammenhang mit dem dritten Sanierungsprogramm ist in den Medien und in politischen Diskussionen immer wieder von steuerpolitischen Massnahmen gesprochen worden. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Die FDP hat ja gesagt zu sämtlichen Steuererhöhungen der letzten Jahre: Mehrwertsteuererhöhung 6,5 Prozent, Treibstoffzollerhöhung 20 Rappen, Erhöhung der Verkehrsabgaben und der Tabaksteuer. Wir haben dies als einen notwendigen und wettbewerbspolitisch akzeptablen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen betrachtet.

Mit Blick auf die massgeblichen Rahmenbedingungen langfristiger und konjunktureller Art ist jedoch die Fraktion entschieden der Auffassung, dass in naher Zukunft Steuererhöhungen nicht akzeptiert werden können, und zwar aus vier Gründen:

1. Weil wir mit Steuererhöhungen die konjunkturellen Auftriebskräfte und das Vertrauen in die Wirtschaft tangieren wür-

den. Es ist nach unserer Auffassung der falsche Zeitpunkt, jetzt solche Verunsicherung zu verbreiten.

2. Weil wir die Einnahmensituation nicht einfach aufgrund der rezessionsgeplagten 93er Zahlen analysieren dürfen. Mit dem Wechsel zur Mehrwertsteuer, mit der wirtschaftlichen Belebung werden wir signifikante steuerliche Einnahmenverbesserungen zumindest 1995 haben.

3. Unserer Ansicht nach sind Steuererhöhungen dort, wo sie die Wettbewerbsfähigkeit tangieren, nicht im langfristigen Interesse eines attraktiven Wirtschaftsstandortes Schweiz. Es ist falsch, wenn im Kommentar zur Staatsrechnung so getan wird, als hätten wir immer noch einen signifikanten Vorteil bei den Steuern. Es ist richtig, dass wir noch einen solchen Vorteil haben. Sie wissen aber auch, dass wir in anderen Bereichen Standortnachteile haben. Wenn wir jetzt den noch verbleibenden Steuervorteil weiter erodieren lassen, geben wir einen wichtigen Trumpf aus der Hand; das ist nicht im Interesse unserer Wirtschaft und der allgemeinen Wohlfahrt.

4. Beim Schliessen der Defizitschere zu stark auf Steuererhöhungen zu schielen, vermindert höchstens den notwendigen Spardruck.

Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, trotz des unbefriedigenden Rechnungsabschlusses die Rechnung 1993 zu genehmigen.

**Suter Marc (R, BE):** Herr Bührer Gerold hat es bereits gesagt: Die Staatsrechnung ist Anlass, über die Bücher zu gehen. Dabei dürfen wir allerdings nicht in den Zahlen steckenbleiben, sondern müssen versuchen, die Perspektiven für die Zukunft zu erkennen. Eine realistische Einschätzung lässt verschiedene Schlüsse zu. Ich ziehe deren drei:

1. Das Ausgabenwachstum ist dank grosser Sparanstrengungen stark abgebremst worden auf unter 2 Prozent, wenn die konjunkturell bedingten Ausgabenbereiche ausgeklammert werden.

2. Trotzdem verzeichnen wir ein Riesendefizit von rund 8 Milliarden Franken. Selbst wenn es also gelingt, dem strukturellen Defizitanteil mit dem dritten Sparpaket beizukommen oder ihn stark zu senken, verbleibt ein kaum verkraftbarer Defizitsockel. Wir haben mit unseren Ansprüchen an den Leistungsstaat seine Leistungsfähigkeit überschritten. Ein Rückbau ist unerlässlich.

3. Wenn der Sozialstaat im bisherigen Umfang aufrechterhalten und finanziert werden soll, wäre ein Wirtschaftswachstum von etwa 2 Prozent erforderlich. Eine solche Produktivitätssteigerung liegt in den kommenden Jahren aber nicht drin. Wir müssen schon froh sein, wenn wir die Herausforderung des Gatt bestehen und einigermaßen unbeschadet aus der Rezession herausfinden.

Der Einbruch bei den konjunkturabhängigen Einnahmen und der ebenso konjunkturbedingte Ausgabenüberhang führt uns zur unerbittlichen Frage, wie diese Schere geschlossen werden kann, ohne dass wir das soziale Netz dezimieren. Hier einen Konsens zu finden, setzt voraus, dass der feste Wille da ist, die Entwicklung der Schweiz hin zu einer Zweidrittelsgesellschaft zu verhindern. Leuten wie Herrn Schweri, die mit Demagogie den Gemeinschaftssinn in diesem Land untergraben, muss eine klare Absage erteilt werden.

Die dringend notwendige Konsensfindung darf sich nicht darauf beschränken, die mittlere Mitte zwischen Vorort und Gewerkschaftsbund, zwischen Bauern und Gewerbeverband zu finden. Wir sind vielmehr gefordert, in einem offenen und sachlichen politischen Diskurs Antworten auf Fragen zu erarbeiten, auch auf Kernfragen, zum Beispiel, wie die Arbeitslosigkeit aufgefangen und finanziert werden soll, ohne dass die Arbeit und die Einkommen mit neuen Lohnprozentsätzen und Steuern geschmälert werden; oder wie die grossen Infrastrukturvorhaben – ich denke an Neat, «Bahn 2000», Fertigstellung der Nationalstrassen – zeitgerecht oder überhaupt realisiert werden können, ohne den bereits grossen Schuldenberg ins Unermessliche ansteigen zu lassen; oder – last but not least – wie die Sozialwerke nachhaltig gesichert werden sollen, ohne den Generationenvertrag aufs Spiel zu setzen.

Wenn wir den Bundeshaushalt sanieren wollen – und das müssen wir –, so sind Antworten auf diese Kernfragen unerlässlich.

**Weder Hansjürg (U, BS):** Die Staatsrechnung des Bundes schliesst mit 8 Milliarden Franken Defizit, und man darf ruhig feststellen, dass diese Finanzlage und die Aussichten besorgniserregend, ja katastrophal sind. Meine erste Feststellung ist, dass auch wir hier im Saal massgeblich an dieser Situation schuld sind, denn in Artikel 42bis unserer Bundesverfassung heisst es, dass der Fehlbetrag der Bilanz des Bundes abzutragen sei. Diese Verfassungsbestimmung wollen wir demnächst in der Finanzkommission kritisch hinterfragen.

Der Bund wendete für die Verzinsung der Schulden letztes Jahr 2,5 Milliarden Franken auf, deutlich weniger als das Jahr vorher, weil bekanntlich die Zinsen gesunken sind. Aber mit dem jetzigen neuen Defizit wird das wieder ändern, und wir werden ab nächstem Jahr sicher mit 3 bis 3,5 Milliarden Franken Zinsen rechnen müssen. Die Bundesschuld ist unterdessen auf 70 Milliarden Franken angewachsen. Bei fünfprozentiger Verzinsung verdoppelt sich diese Schuld innert 14 Jahren, und innert 28 Jahren vervierfacht sich diese Schuld. Das habe ich letztes Jahr auch gesagt, Herr Fischer-Hägglings, und ich werde es immer wieder sagen; Sie als Mitglied des Bankrates sollten das nämlich zur Kenntnis nehmen, was da auf uns zukommt! Ich will darauf hinweisen, dass es hier um das exponentielle Wachstum geht: Alle 14 Jahre verdoppelt sich unsere Schulddlast wegen dem Zinseszins.

Ich habe in den letzten Jahren die Nationalbank öfter und massiv kritisiert wegen der Inflation und wegen der Goldpolitik. Die Inflation hat die Nationalbank neuerdings im Griff. Bei 2 Prozent Inflation sind wir, gemessen am Ausland, recht gut daran, aber das hohe Ziel jeder Finanzpolitik muss sein: stabiler Lebenskostenindex. Das ist das Ziel jeder Finanzpolitik. So wie ein Meter immer gleich lang und ein Kilo immer gleich schwer zu sein hat, so hat auch der Franken immer gleich kaufkräftig zu sein.

Im übrigen hat die ganze Politik auch ihre Schattenseiten. 170 000 bis 180 000 Arbeitslose gehen stempeln und sind auf Almosen des Staates angewiesen. Es gibt für arbeitswillige Menschen wohl nichts Schlimmeres, als monate- und jahrelang arbeitslos zu sein.

Mit der Goldpolitik der Nationalbank bin ich immer noch nicht einverstanden – Herr Marti Werner lacht jetzt schon –, aber wir verlieren jährlich zirka 1 Milliarde Franken, weil wir hartnäckig auf dem überhöhten Goldhaufen hocken. Ich meine, der Gold-im-Haus-Standpunkt müsste doch einmal überprüft werden. Ich bin auch nicht einverstanden – das sage ich gerne unserem Bundespräsidenten –, dass die Nationalbank nur 600 Millionen Franken abliefern. Die Nationalbank könnte bei ihrem Vermögen durchaus das Dreifache abliefern, wie das in Deutschland die Bundesbank macht.

Zu denken muss uns auch geben – wenn wir über Finanzpolitik reden –, dass ein Fünftel der Menschheit immer reicher und vier Fünftel immer ärmer werden. Das liegt einerseits an unserer kapitalistischen Wirtschaftsform und andererseits an unserem Geldsystem. An diesem System müssen wir etwas ändern, wenn wir zu einem Gleichgewicht kommen wollen. Es gibt nichts auf der Welt, das ständig wachsen kann, wie unsere Wirtschaft und wir das anstreben. Es gibt nur eine einzige Sache, die solange wächst, bis der Patient tot ist: das ist der Krebs.

Unserem Geldsystem haben wir offenbar ein Element eingebaut, das unsere Wirtschaft fortwährend krank macht: Nach meiner Auffassung ist es der Zins, der in allen Hochreligionen verboten war, jedoch aus Opportunitätsgründen von den Kirchen aufgehoben und somit wieder eingeführt wurde. Martin Luther sagte dazu: Das grösste Unglück ist der Zins. Fürwahr, es muss der Zins eine Figur und Anzeichen sein, dass die Welt an den Teufel verkauft ist.

Meinerseits empfehle ich der Nationalbank und dem Bundesrat dringend, den Diskont- und Lombardsatz in zwei Schritten nochmals um etwa 1,5 Prozent zu senken, so dass wir auf den Zinssatz der Zeit vor 1987 zurückkommen. Alles in allem zeigt unsere Staatsrechnung, dass sie nur einnahmen- und ausgabenseitig saniert werden kann. Herr Bühler Gerold muss damit rechnen, dass auch einnahmenseitig wieder etwas auf uns zukommt; ihre Abwehrreaktion müssen Sie sorgfältig überdenken, denn in den letzten Jahren haben wir sehr stark Steuern abgebaut, ganz besonders für die Wirtschaft.

Unsere Fraktion hat anno 1992 dem Budget wegen dem drohenden Defizit nicht zugestimmt. Wir stimmen natürlich nicht jetzt einer Rechnung zu, die mehr als doppelt so schlecht ist wie das Budget. Wir werden uns aber der Stimme enthalten, weil man bei der Rechnung nur noch den Segen geben kann, oder eben nicht.

In diesem Sinne enthält sich die LdU/EVP-Fraktion bei diesem Geschäft der Stimme.

**Leemann Ursula (S, ZH):** Ich will die von Herrn Marti Werner genannten Adjektive und die Zahlen zur Rechnung 1993 nicht wiederholen, ebensowenig die Gründe für das Ausgabenwachstum und den Einnahmerückgang. Wir können an der Rechnung nichts mehr ändern und wollen uns also auf die Analysen und die Entwicklungen beschränken. Auch das ist natürlich nicht mehr neu. Mit unseren Bemühungen zur Sanierung, die immer wieder beschworen werden, hatten wir bis jetzt wenig Erfolg. Ich möchte hier lediglich auf einige wenige Punkte hinweisen.

Die Sozialaufgaben, die rapide anwachsen, schlagen natürlich rechnermässig besonders negativ zu Buche. Wir müssen auch davon ausgehen, dass in den kommenden Jahren wiederum eine überproportionale Zunahme ausgewiesen werden wird. Bei allem finanzpolitischen Bedauern darüber dürfen wir aber nicht vergessen, weshalb diese Aufwendungen und ihr Zuwachs so notwendig sind und was diese Ausgaben im positiven Sinne bewirken. Sie stabilisieren in einem beträchtlichen Grad nicht nur die Konjunktur – das haben wir ja in den letzten zwei, drei Jahren wahrhaftig nötig gehabt –, sondern in absolut unverzichtbarem Ausmass auch unsere ganze Gesellschaft. Die Solidarität, die in ihnen zum Ausdruck kommt, hält unsere Gesellschaft zusammen und sichert den sozialen Frieden. Soziale Sicherheit ist bei weitem das wichtigste Sicherheitsproblem für eine überwiegende Zahl unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen.

Natürlich wäre zu wünschen, dass Solidarität nicht nur hier, sondern in einem umfassenderen Sinne auch auf der menschlichen Ebene besser spielen würde – darauf zu bauen wäre aber wahrscheinlich eine Illusion. Tatsächlich stellen wir fest, dass sich die Unterschiede zwischen den Begüterten und den Nichtbegüterten verschärfen. Tatsächlich müssen wir auch feststellen, dass die Finanzierung des Sozialbereichs infolge des hohen Anteils der Kopfprämien der Krankenversicherung im internationalen Vergleich keineswegs ein besonderes Vorzeigebild für die soziale Solidarität darstellt. Wir wissen überdies, dass es in diesem Bereich noch einige Lücken gibt – ich erinnere etwa an die Mutterschaftsversicherung.

In bezug auf die Arbeitslosenversicherung möchte ich hier noch etwas beifügen – Herr Marti hat es bereits erwähnt –: Wir hören, dass eine nicht referendumsbedrohte Revision offenbar nicht so schnell abzusehen ist, deshalb sollte unbedingt in einem separaten Beschluss die Erhöhung der Lohnprozentabgabe vorgesehen werden. Andernfalls, bei einem ablehnenden Volksentscheid, könnte der Bundeshaushalt nicht nur nächstes Jahr, sondern noch auf mehrere Jahre hinaus in unverantwortlich starker Weise belastet werden.

Angesichts der in den letzten Jahren beträchtlich gestiegenen Produktivität denken wir, dass das halbe Prozent der Arbeitgeberseite der Wirtschaft auch zuzumuten ist.

Schliesslich dürfen wir nicht vergessen, dass die Einsparungen im ganzen sozialen Bereich – mindestens teilweise – gar keine Einsparungen sind, sondern Verlagerungen von einem Ast der Versicherungen auf einen anderen oder bei den Fürsorgeaufgaben auf Kantone und Gemeinden.

Wenn Sie die wichtigsten Aufgabenbereiche betrachten, so fällt nach den Sozialausgaben der Verkehr mit einem Wachstum von über 10 Prozent ins Auge. Wenn wir wenigstens die SBB oder den Regionalverkehr saniert oder zu sanieren begonnen hätten, aber für das Ausgabenwachstum sind zum überwiegenden Teil die Strassenausgaben verantwortlich! Hier stimmt offensichtlich die Prioritätensetzung nicht. Das bedarf dringend einer Korrektur.

Die Steuerquote – Herr Marti hat das erwähnt – ist von 9,1 auf 8,4 Prozent gesunken; das ist natürlich auch konjunkturabhängig. Den grösseren Verrechnungssteuer-Rückzahlungs-

betrag kann man auch als antizyklisch wirksam, als stabilisierend, betrachten. Trotzdem bleibt es bei der Feststellung, dass wir mit einer sinkenden Steuerquote und einer gesamthaft immer noch tiefen Fiskalquote gegenüber den anderen industrialisierten Ländern nicht jammern sollten.

Ich glaube, Herr Bühler Gerold, dass auch die tiefen Umsatzsteuern bei uns nicht einfach verschwiegen werden können. Und Herr Weder Hansjürg hat bereits darauf hingewiesen, dass den Steuererhöhungen der letzten Jahre eben auch Steuererleichterungen, insbesondere für die Wirtschaft, entgegenstehen. Deshalb hält die sozialdemokratische Fraktion klar daran fest, dass eine Sanierung des Bundeshaushaltes auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite gesucht werden muss.

Ich bitte sie im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Bundesbeschluss über die Rechnung 1993 zuzustimmen.

**Oehler Edgar (C, SG):** In den vergangenen Jahren haben wir auf der politischen Bühne immer wieder Politiker und sogar Parteien angetroffen, welche dem Volk vormachten, dass wir mit einem Nullwachstum unserer Wirtschaft unsere Umwelt-, sozial- wie auch finanzpolitischen Probleme für immer lösen könnten. Politische Realisten haben diesen Utopisten beizubringen versucht, dass ein normales Wirtschaftswachstum notwendig ist, um unsere wirtschaftlichen wie finanziellen Probleme zu lösen, auch um die sozialpolitischen Forderungen erfüllen und demographische Veränderungen auffangen zu können.

Zum Glück sind die Wähler in allen unseren Landesteilen den Parolen der Realisten und nicht der Utopisten gefolgt, zumal wir angesichts der effektiven Lage, der Entwicklung in unserem Staat und in unserem Staatshaushalt, feststellen können, was ein Nullwachstum, was ein Negativwachstum für schwerwiegende Folgen auf allen Gebieten hat. Die Folgen kennen wir: steigende Arbeitslosenzahlen, soziale Unrast und horrende Staatsdefizite, Abbau der Leistungen des Staates, Unsicherheit und Ungewissheit über die wirtschaftliche wie auch die soziale Zukunft in unserem Land.

Die Staatsrechnung 1993 macht hierüber eine unmissverständliche Aussage. Dabei wurden die bereits pessimistischen Budgetzahlen für das vergangene Rechnungsjahr im negativen Sinn wesentlich überschritten. Während wir im vergangenen Jahr bereits mit einem Defizit von 3 Milliarden Franken rechneten und damals ein lautes Klagelied anstimmten, sogar das Budget zurückweisen wollten, müssen wir heute kleinlaut einen Fehlbetrag von 7,8 Milliarden Franken zur Kenntnis nehmen. Für das nächste Jahr sehen die Zahlen noch einmal düsterer aus. Auch 1994 werden wir in ähnlichen Verhältnissen abschliessen und das Ergebnis zur Kenntnis nehmen müssen.

Das bedeutet mit Blick auf die Zahlen, die Herr Bundespräsident Stich gestern bekanntgegeben hat, dass wir die magische Grenze von 100 Milliarden Franken Schulden auf Bundesebene im Jahr 1997 überschreiten werden; das bedeutet, dass möglicherweise im Jahre 2007 mit Zins und Zinseszinsen die Grenze von 200 Milliarden Franken Schulden zu verbuchen sein wird.

Was das für Folgen für unsere Wirtschaft und den Staatshaushalt haben wird, können wir uns alle selber ausmalen. Die Frage nun, wer die Verantwortung für diese Entwicklung hat, liegt auf der Hand. Es ist dabei müssig, wenn wir den Departementsvorsteher, den Gesamtbundesrat, die Verwaltung, eine einzelne Partei oder das ganze Parlament, die Staatsstruktur oder das Volk anzuklagen versuchen. Letztlich sind wir alle miteinander gleichermassen in der Pflicht, was die Entwicklung anbetrifft. Wir müssten in der Folge als Chaoten eingestuft werden, wenn wir das Defizit des vergangenen Jahres nochmals als Folge der allgemeinen Entwicklung hinnehmen, zur Tagesordnung übergehen und einfach auf bessere Zeiten warten würden. Vielmehr sind nun richtungweisende Entscheidungen gefragt.

Dabei nützt auch eine Volksinitiative wenig, welche dem Volk vormachen will, dass man auf der einen Seite die Ausgaben-defizite herabsetzt, auf Leistungen verzichtet oder diese zu

drosseln vorgibt und damit die fehlenden Mittel anderswo anzupapfen versucht. Die Entwicklung der vergangenen Jahre verlangt zusammen mit den mehr als düsteren Aussichten auf die unmitelbare Zukunft eine wegweisende Entscheidung von uns – und zwar genügt denken allein nicht mehr, vielmehr haben wir zu handeln.

Es genügt auf die lange Dauer ebensowenig, wenn wir das Defizit des Bundes in ein solches mit konjunktureller und ein anderes mit struktureller Begründung aufgliedern. Letztlich sind es die nackten Zahlen, mit Zinsfolgen und Belastungen für die Zukunft und Belastungen für die heutige Jugend, welche uns beschäftigen sollen. Die Aufgliederung macht nur dann einen Sinn, wenn wir einerseits Massnahmen für die Behebung der Konjunktur mitbeeinflussen, andererseits aber auch Massnahmen für die Behebung des strukturellen Defizits und damit der strukturellen Mängel ergreifen.

Die Entwicklung zeigt, dass die beiden bisher beschlossenen Sparpakete zusammen mit den zusätzlich beschlossenen Einnahmen das Problem nicht umfassend zu lösen vermochten, sondern sich je länger, desto mehr zu palliativen Massnahmen durchmausern – im Klartext: plötzlich handelte es sich nur gerade noch um eine eigentliche Pflasterli-Politik.

So ist ein Staat arm, wenn er die Zusatzeinnahmen nur gerade über das Benzin, den Dieseltreibstoff sowie den Konsum von Tabakwaren verbuchen kann. Die Massnahmen, die wir im letzten Jahr auf diesem Gebiet beschlossen haben und die vom Volk mitgetragen werden, ermöglichen uns immerhin eine Zusatzeinnahme von einer ganzen Milliarde Franken pro Jahr. Das bedeutet, dass wir aus diesen drei Bereichen im kommenden Jahr Einnahmen von 3,5 Milliarden Franken und damit 10 Prozent der Staatseinnahmen verbuchen können. Aber Sie wissen ebensogut wie ich: Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei. Auch die Steuerschraube mit Blick auf Tabakwaren, Benzin und Dieseltreibstoff hat irgend einmal ein Ende. Wir sind nahe daran.

Ebenso genügt es nicht, wenn wir die Staatsfinanzen nur gerade über den Abbau der Sicherheit – im Klartext: Sparmassnahmen im Militärdepartement – zu sanieren versuchen. Unseres Erachtens haben wir mit Blick auf die heutige Lage und die unmitelbare Zukunft auch Tabus anzusprechen und anzugehen, welche in der politischen Diskussion nicht allzu beliebt sind. Das Hin- und Herschieben der Probleme hilft uns kurzfristig, allenfalls im parteipolitischen Leben, aber es hilft letztlich den Staatsfinanzen und der Zukunft des Staates und der nächsten Generation überhaupt nicht.

Für die CVP-Fraktion ist die Zeit der kleinlichen parteipolitischen Scharmützel vorbei. Das Defizit des vergangenen Jahres, die für 1995 prognostizierten Fehlbeträge wie auch die sich in diesem Jahr einstellenden Milliardenschulden machen zusammen mit der Schuldenlast, die im Jahre 1997 oder 98 wahrscheinlich 100 Milliarden Franken übersteigt, eine definitive Wende unumgänglich.

In diesem Sinne erachten wir grundsätzlich alle Anträge und Vorstösse in diesem Parlament als verantwortungslos, welche ohne Kompensation höhere Nettoausgaben nach sich ziehen oder nicht darlegen können, wie die neuen Mehrausgaben zu finanzieren sind. Sie können daraus auch unsere Haltung bezüglich der Ausgabenbremse ableiten.

Steuererhöhungen sind für uns nicht das Allheilmittel, sondern sind nur notfalls einzusetzen, wenn letztlich keine andere Lösung mehr bleibt. Im Klartext heisst das, dass wir in diesem Zusammenhang für Steuererhöhungen kein offenes Gehör haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Bürger nicht nur vom Bund mit Mehrbelastungen angesprochen werden, sondern dass der gleiche Bürger im Kanton, in der Gemeinde, von anderen öffentlichen Korporationen, von den Schulen sowie bei den Dienstleistungen der Regiebetriebe SBB und PTT ebenfalls zur Kasse gebeten wird. Die Frage wird sich bald stellen, ob wir uns das als Bürger noch leisten können und ob – trotz der Zahlen, die uns Herr Marti Werner dargelegt hat – die Steuersubstanz nicht allzusehr auf diesen Bürger überwälzt und dieser allzusehr zum Mittragen herangezogen wird. Das bedeutet für uns, dass wir – trotz der glücklichen Zustimmung des Volkes zur Treibstoffvorlage im vergangenen Jahr und zur erhöhten Mehrwertsteuer – aufgerufen sind, im Hin-

blick auf das Budget 1995 wesentliche Einschnitte zu verlangen. In einer ersten Massnahme, Herr Bundespräsident, erwarten wir, dass das dritte Sparpaket uns mit griffigen Massnahmen bestückt vorgelegt wird, damit wir von kleinlichen parteipolitisch gefärbten, regionalpolitisch getragenen und sozialgruppenorientierten Scharmützeln abkommen und mit Blick auf die nähere und weitere Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung unserer Staatsfinanzen leisten können.

Vor diesem Hintergrund nimmt die CVP-Fraktion – aus verständlichen Gründen nicht mit Freude, wie niemand in diesem Saal – vom Rechnungsabschluss 1993 Kenntnis und wird ihm trotz allem zustimmen, weil wir ihm zustimmen müssen.

**Fischer-Hägglingsen Theo (V, AG):** Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Abschluss der Staatsrechnung 1993 und beantragt fast widerwillig, dieser zuzustimmen. Ändern kann man daran nichts mehr, das Geld ist ausgegeben. Der schlechte Abschluss der Rechnung 1993 müsste uns alle, Bundesrat und Parlament, wachrütteln und uns dazu bringen, endlich das Ruder herumzuwerfen und eine konsequente Sparpolitik einzuleiten. Aber es scheint, dass das schlechte Resultat nur einen Teil des Parlamentes stark beunruhigt. Jedenfalls ist, wenn man z. B. die Vorstösse der letzten Monate durchgeht, wenig davon zu spüren, dass unser Land in einer eigentlichen Finanzkrise steckt. Es wird frisch-fröhlich weiter gefordert: da soll der Bund einspringen, dort soll er noch einige Millionen locker machen. Aber auch bei unseren Beschlüssen, bei Gesetzes- und Kreditvorlagen steht kaum die Frage im Mittelpunkt: Können wir dies noch finanzieren?

Wir gehen sehr viele ungedeckte Wechsel für die Zukunft ein. Viele Beschlüsse, die wir jetzt fassen, haben Konsequenzen für die Zukunft. Wenn wir die Mechanismen und die Automatismen der staatlichen Ausgaben kennen, wissen wir, dass wir so den finanzpolitischen Spielraum immer mehr verkleinern. Ohne drastische Massnahmen werden wir in den nächsten Jahren mit gleich grossen oder mit noch grösseren Defiziten konfrontiert werden.

Kann sich unser Land, kann sich unsere Volkswirtschaft eine solche Schuldenwirtschaft leisten? Die Antwort ist eindeutig: Wir wären in kürzester Zeit eines der höchstverschuldeten Länder. Dies ist keine Horrorvorstellung, sondern lässt sich mit Zahlen belegen.

Der Anteil des Defizits beläuft sich auf 2,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Am Geld- und Kapitalmarkt nahm der Bund über 12 Milliarden Franken auf, um seine Finanzierungsbedürfnisse zu decken. Wenn man noch die Fehlbeiträge der Kantone und Gemeinden mitberücksichtigt, müssen 18 Milliarden Franken über den Kapitalmarkt finanziert werden. Beiträge in dieser Grössenordnung können nicht über Jahre hinweg über dem Kapitalmarkt finanziert werden, ohne dass es zu schwerwiegenden Störungen kommen würde. Höhere Zinsen wären unausweichlich.

Ausweichen auf ausländische Märkte würde international gesehen der Bonität unseres Landes schwer schaden. Der Finanzplatz und längerfristig auch der Wirtschaftsplatz Schweiz wären schwer erschüttert. Das Vertrauen in den Schweizerfranken würde schwinden.

Im Sozialversicherungswesen spricht man von einem Generationenvertrag zwischen Jung und Alt. Auch in der Finanzpolitik gibt es etwas Ähnliches. Mit unserem Finanzgebaren verlagern wir die Schuldenfinanzierung auf die Schultern der nächsten Generation. Diese hat nicht nur unsere ungedeckten Wechsel einzulösen, sondern wir engen sie auch in ihren Gestaltungsmöglichkeiten ein. Sie hat neue Bedürfnisse, die an die öffentliche Hand gestellt werden, die diesen auch in Zukunft gerecht werden muss. Sie wird mangels Finanzen die notwendigen Investitionen und die Ausgleichsaufgaben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht mehr tätigen können.

Zu grosse Steuerlasten behindern die Wirtschaft, aber auch den Konsumenten. Das tönt vielleicht alles sehr düster. Aber seien wir uns bewusst, dass das Defizit des Bundes seine Investitionen bei weitem übersteigt, dass die laufenden Konsumausgaben des Bundes in erheblichem Masse durch Kapitalaufnahmen finanziert werden!

In dieser Situation hilft es wenig, auf den kommenden Konjunkturaufschwung zu vertrösten. Selbst wenn er enorm sein sollte, was wir alle hoffen, wird mit Defiziten zwischen 3 und 4 Milliarden Franken zu rechnen sein. Solche Defizite sind in guten Wirtschaftszeiten unakzeptabel. Ziel muss nicht nur ein ausgeglichener Haushalt sein, sondern wir müssen wieder Überschüsse erwirtschaften, damit wir die riesige Bundesschuld abbauen können. Es bleibt also in der Zukunft noch sehr viel zu tun.

Wir haben zwei Sanierungsprogramme verabschiedet. Der Bundesrat ist daran, ein drittes zu schnüren. Die Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Die Konturen sind ersichtlich: 2 Milliarden Franken sollen durch Sparen hereingeholt werden, 2 Milliarden Franken durch Mehreinnahmen. Wir erachten dieses Verhältnis als unausgewogen. Wir setzen das Schwergewicht bei der Ausgabenkürzung.

Auf der Einnahmenseite wurde in letzter Zeit sehr viel getan. Drei Steuervorlagen, die dem Bund beträchtliche Mittel einbringen, fanden Zustimmung beim Souverän. Ob dieser bei neuen Steuervorlagen weiterhin so gut gelaunt bleibt, ist sehr fraglich. Dazu kommt, dass neue Steuerbelastungen auch von der Wirtschaft verkräftet werden müssen. Hier gibt es Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, ansonsten würde unsere ganze Volkswirtschaft Schaden leiden. Wir sind schon heute ein Hochpreisland und haben grosse Mühe auf internationalen Märkten.

Wir, die SVP-Fraktion, setzen – wie schon angetönt – das Schwergewicht bei den Ausgabenkürzungen. Dabei kann es aber nicht darum gehen, nur das Ausgabenwachstum zurückzunehmen, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Gefordert ist eine Aufgaben- und Ausgabenreform, welche die staatlichen Leistungen generell zurücknimmt. Dabei darf es keine Tabubereiche geben. Die gesamte Staatstätigkeit ist durchzupforsten, alle Verwaltungsabläufe sind zu überprüfen, die Standards besonders bei Investitionen, Vorschriften und Auflagen sind zurückzunehmen. Es gibt überall noch Einsparungspotentiale, wenn es auch schwierig ist, diese zu realisieren.

Diese Forderung richten wir nicht nur an den Bundesrat und die Verwaltung, sondern vorab an uns selber. Wir müssen mit unserer Ausgabenmentalität brechen. Wir müssen mehr finanzpolitische Disziplin an den Tag legen.

In diesem Sinne beantrage ich Genehmigung der Staatsrechnung, unter bester Verdankung der Bemühungen unseres Bundespräsidenten, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Aber Herr Bundespräsident, schielen Sie nicht allzu stark auf die Mehreinnahmen, sondern intensivieren Sie die Suche nach Einsparungen in Bereichen, die in der Vergangenheit noch allzu stark geschont wurden! Ich danke Ihnen.

**Narbel Jean-Marc (L, VD):** Les résultats du compte d'Etat 1993 sont particulièrement mauvais. En partie, les difficultés économiques sont la cause de l'aggravation du déficit par rapport à celui qui avait été budgétisé. L'adoption des comptes est une décision quasi inéluctable, et le groupe libéral les acceptera.

Au-delà des comptes de la Confédération, notre groupe tient à exprimer sa préoccupation devant la situation catastrophique des finances publiques pour l'ensemble des collectivités en Suisse. En 1993, la Confédération, les cantons et les communes bouclent leurs comptes avec un déficit total de 17 milliards de francs, ce qui signifie de manière concrète que, pour chaque habitant de ce pays, une somme d'environ 2500 francs n'est pas financée dans les comptes publics. Qu'en résulte-t-il? Nous en voyons quatre conséquences principales.

Premièrement, une croissance de l'endettement. Il en résulte une charge d'intérêts qui, par sa croissance, obligera à diminuer un certain nombre de prestations assumées maintenant par l'Etat.

Deuxièmement, le maintien des intérêts à des taux plus élevés que normalement. La fixation des taux d'intérêts résulte de la loi de l'offre et de la demande. Il en est de même sur le marché des capitaux. Il est certain que les besoins de nombre de milliards de francs de la Confédération maintiendront des taux élevés, avec notamment des conséquences bien connues sur les loyers et sur l'inflation.

Troisièmement, la suppression d'une condition-cadre pour le développement de notre économie, avec des finances publiques saines. Depuis longtemps, la Suisse bénéficiait de la réputation de finances publiques parfaitement bien gérées. C'était un atout pour l'ensemble de notre économie. Et l'on considérait cette situation comme exemplaire. La dégradation des finances publiques, manifeste en 1993, nous fait rejoindre le camp des mauvais élèves. A court terme, ce ne peut être que préjudiciable à nos entreprises et à leurs travailleurs. Il y a deux ans, nous remplissions tous les critères fixés par l'Union européenne pour qu'un Etat puisse participer à une monnaie unique. Il fallait notamment que le déficit public soit inférieur à 3 pour cent du produit intérieur brut, soit inférieur à 10 milliards de francs. Avec 17 milliards de francs, nous dépassons donc largement la quote fixée par l'Union européenne.

Quatrièmement, et cela a déjà été évoqué, les déficits sont un report de charges sur les générations futures. Lorsqu'un pays est incapable de financer 2500 francs de ses dépenses courantes, et ceci par habitant, que fait-il en réalité? Il reporte sur les générations futures ce qu'il n'est pas en mesure de financer. Cette attitude est particulièrement préoccupante, d'autant plus que l'on prévoit une population active en diminution. Nous créons donc une charge financière de plus en plus lourde pour de moins en moins de gens. Adopter un tel comportement est particulièrement irresponsable et le groupe libéral condamne une telle dérive dans la politique financière de la Confédération.

Si maintenant nous nous tournons vers l'avenir, nous avons beaucoup entendu, ces derniers temps, le Conseil fédéral et les services de l'administration évoquer nombre de nouvelles recettes possibles comme solutions à l'impasse financière. Nous avons le sentiment que le peuple en a assez de nouvelles recettes, et que le gouvernement fait fausse route. Il a déjà proposé deux programmes de mesures d'assainissement qui devaient permettre certaines améliorations des comptes futurs. Malheureusement, nous sommes loin de l'équilibre. Le seul vrai remède est une remise en cause complète des tâches de l'Etat et un réexamen total de la répartition des activités entre Confédération, cantons et communes. Nous attendons que le Conseil fédéral et les Chambres fédérales s'attellent rapidement à cette tâche pour éviter des finances calamiteuses pour la Confédération.

Dernière considération: le groupe libéral souhaite que les nombreuses interventions de ce jour, qui déplorent le triste état des comptes de 1993, soient suivies, tout au long de nos prochaines délibérations, par une volonté d'économie et d'éviter toute nouvelle charge dont on sait déjà aujourd'hui que nous n'en avons pas les moyens. Notre groupe appuiera tous les efforts allant dans ce sens, mais nous souhaitons que le Parlement se souvienne aussi des difficultés financières à partir de la séance de demain.

**Dreher Michael (A, ZH):** Es ist eigentlich schon erstaunlich, wenn man in diesen Saal schaut, wie kläglich die Besetzung ist, wenn die Stunde der Wahrheit kommt.

Bei den Budgetdebatten sind die Reihen geschlossener, als es heute offensichtlich ist. Im Sinne der Effizienz verzichte ich jedoch darauf, den Herrn Vorsitzenden um die Feststellung der Präsenz zu ersuchen.

«Sie weinte, aber sie nahm», spottete der Preussenkönig Friedrich der Grosse, als man ihm zutrug, dass die Kaiserin Maria Theresia Tränen darüber vergossen hatte, dass Restpolen seine zweite und letzte Aufteilung hinnehmen musste. Sie nahm unter Tränen. Genauso ist es heute hier: Man beklagt die Sünden von früher und beschwört Gemeinsames, nachdem man jahrelang populär ausgegeben hat und jetzt offenbar populistisch sparen will, wie das von unserer Fraktion – 1987 bis 1991 noch in Zweierbesetzung – konsequent gefordert wird.

Ich wehre mich dagegen, dass wir in dieses globale «wir» eingeschlossen werden, wenn davon die Rede ist, «wir» hätten immer mehr Geld ausgegeben. Wir haben nicht, Sie haben!

Das Problem sind in einem Zweikammersystem die Beschlüsse der ersten Kammer, die spendierfreudig ist. Da kann

man ja noch sagen, es sei manchmal eine gewisse parteipolitische Konstellation, die die bürgerliche Tugend des Sparens, der Ausgabenkürzungen nicht so ohne weiteres zu vollziehen wisse. Aber in einem Zweikammersystem ist es unabdingbar, dass auch die zweite Kammer zustimmt. Wenn ich die Mehrheitsverhältnisse im Ständerat anschau – wo 41 Exponenten Parteien angehören, die sich in ihren Programmen als bürgerlich bezeichnen und in deren Programmen ein ausgeglichener Bundeshaushalt, eine niedrige Steuerbelastung und die Kontrolle der Staatsausgaben ganz hohe Priorität haben –, dann muss ich doch sagen: Die Programme der staatstragenden Parteien sind Papierfetzen und nichts weiter.

Wir haben gehört, dass die Einnahmen des Bundes in diesem Rezessionsjahr stark zurückgegangen seien. Das ist nicht wegzudiskutieren. Das stimmt. Wir haben Ihnen beim Sanierungsprogramm I den Vorschlag gemacht, dass man zurückgehe auf das Jahr 1988 und die Ausgaben von damals, bezogen pro Departement, entsprechend dem Wachstum des Bruttoinlandprodukts bis 1992-93 hochrechne. Alle darüberliegenden Beträge seien dann Kürzungspotential. Es ist dies eine anerkannte betriebswirtschaftliche Vorgehensweise.

Sie haben sie grossmehrheitlich abgelehnt. Nicht weil sie falsch wäre, sondern weil sie von der FP-Fraktion kam. Ich freue mich aber, dass zum Beispiel Kollege Fischer-Hägglin heute in ganz ähnlichem Sinne argumentiert hat, so dass wir es gemeinsam – man soll ja die parteipolitischen Gräben in dieser Notlage überschreiten – vielleicht einmal schaffen werden, diesen Bundeshaushalt wieder ins Lot zu bringen.

Ich bin jetzt immerhin bald sieben Jahre hier und habe die Entwicklung genau verfolgen können. Zudem ist alles aktenkundig: Es ist zum Beispiel aktenkundig, dass die «Partei der radikalen Mitte mit einer sozialliberalen Haltung» praktisch jedem Ausgabenbeschluss in diesem Rat zugestimmt hat – mit Einschluss der Volkswirtschaftslehrer, die sich dort befinden. Und jetzt will diese Partei sogar eine Volksinitiative gegen die Defizitwirtschaft starten! Also, ich gestatte mir zu sagen, dass da die Hühner lachen.

Die FDP hat zu allen Steuererhöhungen ja gesagt. Andere Parteien auch. Aber es hat nichts genützt. Wenn wir die Ausgaben nicht senken, und zwar strukturell senken, und endlich bei den heiligen Kühen abbauen, werden wir diesen Bundeshaushalt nie ins Lot bringen. Und neue Steuern, Herr Bundespräsident Stich – da müssen Sie sich schon an Ihre Koalitionspartner halten. Wir werden wiederum das Referendum ergreifen. Wir haben nämlich vorsorglich das Komitee gleich beisammen gelassen nach der letzten Abstimmung.

Ich erinnere Sie daran: Man hatte eine «Bahn 2000» beschlossen. Wir haben damals gespottet, Kollege Scherrer Jürg und ich, es sei die «Bahn 2000 Millionen Defizit im Jahr». Wir haben untertrieben: Das Bundesamt für Verkehr gibt jetzt 3000 Millionen Franken pro Jahr aus, um Billette zu subventionieren. Denn um etwas anderes handelt es sich ja nicht. Es sind immer die ungedeckten Kosten, die vom Steuerzahler bezahlt werden müssen.

Wie man die Neat finanzieren will, davon hat man keine Ahnung. Man macht einfach einmal etwas. «Lebe heute, zahle morgen», diese Mentalität ist ungebrochen. Wir müssen also an diese Projekte heran und müssen sie redimensionieren. Man hat jetzt bei der «Bahn 2000» gemerkt, dass sie unbezahlbar wird.

Die Zahlen schwanken etwas, aber wir liegen sicher nicht falsch, wenn wir sagen, es sind etwa 1000 Millionen Franken im Jahr, die wir für das Asylwesen, für die eidgenössische Auslegung des Begriffs Asyl – ich will das einmal ganz sachlich sagen – ausgeben und den Steuerzahler dafür belasten. Ja, so geht es halt, wenn man Probleme juristisch und nicht politisch lösen will. Da können wir eigentlich gar nicht viel dagegen machen. Wir sind eine wachsende, aber nach wie vor kleine Fraktion. Die Verantwortung haben diejenigen, welche diesen Staat regieren.

Man hat hier auch gesagt, der Bund sei ein «Arbeitsplatzkiller». Ich stelle etwas anderes fest. Ich stelle fest, dass man beispielsweise im Eidgenössischen Militärdepartement Arbeitsplätze wegstecken kann, ohne dass irgendwo gesagt wird, das Funktionieren der Landesverteidigung sei in Gefahr. Und

heute lesen wir in verschiedenen Zeitungen, dass man sogar die Zentralstelle für Gesamtverteidigung zur Debatte stelle. Man soll sie jedoch nicht nur zur Debatte stellen, sondern aufheben – und zwar innert eines Monats –, denn sie bringt nichts. Es sind nur Beamtenlöhne, die da vom Steuerzahler bezahlt werden müssen. Nutzen Null. Es ist nicht armeefeindlich, wenn man das sagt, es ist nur realistisch.

Aus diesen und ähnlichen Gründen hatte unsere Fraktion dem Voranschlag 1993 nicht zugestimmt. Es ist somit nur konsequent, wenn wir auch der Rechnung nicht zustimmen. Ich habe mich bis zum Vorliegen des Fraktionsbeschlusses, um auch die «Enthaltung» in der Kommission noch zu erklären, vorübergehend so aus der Affäre gezogen, um nicht in Gegensatz zur Fraktion zu geraten. Unser Beschluss ist einstimmig in dem Sinne gefasst worden, dass wir der Jahresrechnung nicht zustimmen werden. Und zwar nicht deshalb, weil wir die buchhalterische Richtigkeit der Staatsrechnung bezweifeln, sondern weil wir der Auffassung sind, wir könnten damit unserem Misstrauen gegen die politische Kaste Ausdruck geben, welche – wer hat im Ständerat denn die Mehrheit? – für die aktuelle Finanzlage des Bundes voll verantwortlich zu machen ist.

**Maspoli Flavio (D, TI):** Über ein Defizit von annähernd 8 Milliarden Franken zu sprechen ist für unsere Fraktion keine Freude. Noch schlimmer wird die ganze Übung, wenn man davon ausgehen muss, dass sich dieser Sachverhalt in der Zukunft nicht oder kaum verändern wird.

Wie ist das Defizit entstanden? Das ist wohl die erste Frage, auf welche man eine Antwort finden muss, und die liegt in diesem Fall leider auf der Hand. Das Milliardenloch setzt sich aus Tausenden von kleinen Ausgabenposten zusammen, auf welche man, wenn man sie einzeln betrachtet, nicht verzichten kann – besser gesagt: nicht verzichten will.

Das dazu benutzte System ist ebenso bewährt wie gefährlich. Immer wieder beteuert man seitens des Bundesrates und des Parlaments, diese oder jene Ausgabe stelle lediglich den Bruchteil eines Prozents des Budgets dar und sei daher absolut tragbar. Aber eben: So wie man vor lauter Bäumen den Wald oft nicht mehr sieht, so sieht man vor lauter Bruchteilen – die Staatsrechnung beweist es – das Defizit, welches vor sich her wuchert, nicht mehr.

Ab und zu erhebt sich eine Stimme im Volk oder in irgendeinem Medium, um eine diesbezügliche Klage anzubringen, aber sie verstummt bald und wird daher kaum gehört. Ihr fehlt die nötige Durchschlagskraft, und zwar darum, weil die kompetenten Stellen nicht willig sind, ihr diese zu gewähren. Das bedeutet: Der politische Wille, der Schuldenwirtschaft den Garaus zu machen, ist leider nicht vorhanden. Der Bundeshaushalt ist in eine Art Teufelsspirale geraten, aus welcher er nicht mehr heraus kann.

Es wäre falsch zu glauben, dass das heutige Defizit in toto auf die ungünstige Wirtschaftslage unseres Landes zurückzuführen sei. Mindestens die Hälfte desselben ist struktureller Natur, und gerade diese Hälfte macht bei weitem mehr Sorgen. Der konjunkturbedingte Teil des Defizits wird sich – davon kann und darf man wohl ausgehen – mit der Wirtschaftslage «erholen»; es wird sogar möglich sein, diesen Teil mittelfristig oder langfristig abzubauen. Das strukturelle Teil des Defizits hingegen wird sich, sofern man nicht die nötigen Massnahmen ergreift, immer weiter vergrössern.

Die zu treffenden Massnahmen sind – darüber bestehen keine Zweifel – allen bekannt, und sie heissen: massive Reduktion der Bürokratie; Verzicht auf Aufgaben, die der Privatsektor übernehmen kann; Abbau von Subventionen an private und halbprivate Genossenschaften und Vereine; Überdenken einiger Sozialabgaben, ohne deshalb den Sozialstaat zu gefährden; straffere Führung des ganzen Bundeshaushaltes und Überdenken einiger Saläre und Ausgabenposten.

Dazu hätte ich ein paar Beispiele: Ist es normal – ich frage das auch die Damen und Herren auf der Tribüne –, dass ein Schweizer Botschaftssekretär, der im Ausland tätig ist, 200 000 Franken im Jahr verdient, dass ihm der Bund zusätzlich einen Teil der Miete bezahlt und dass er überdies keine Steuern entrichten muss? Es wäre interessant zu wissen, wie das Schweizervolk darüber denkt. Ist es normal, dass Subven-

tionen abgegeben werden, ohne dass in diesem Bereich ein klares Konzept vorliegt? Wir von der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi sind vom Gegenteil überzeugt; ohne deshalb selbstherrlich erscheinen zu wollen glauben wir, dass unsere Meinung landesweit geteilt wird.

Ich erzähle hier absolut nichts Neues. Etwas Ähnliches habe ich schon letztes Jahr bei der gleichen Gelegenheit von mir gegeben; ohne grossen Erfolg, wie man sieht. Die Erfolgsrezepte des Bundesrates haben sich ebenfalls als absolut nichtsbringend erwiesen. Der Preis des Treibstoffes wurde erhöht. Fazit: das Defizit ist weiter angestiegen. Die vielgepriesene Mehrwertsteuer ist noch nicht in Kraft getreten, und man spricht bereits davon, die neue, noch nicht in Kraft getretene Steuer von 6,5 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen. Nicht genug: CO<sub>2</sub>-Abgaben stehen im Raum, und wer weiss, was im Bereich Steuern noch alles auf uns zukommen wird. Etwas bestimmt nicht: nämlich die Aufhebung der direkten Bundessteuer.

Das sind die Folgen der Teufelsspirale, in welche wir uns eigenhändig hineinmanövriert haben. Aber eben, aus dieser Teufelsspirale müssen wir wohl oder übel heraus, wenn wir den Bundeshaushalt sanieren wollen, ohne die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über alle Massen belasten zu wollen. Die ungesunde Idee, das Defizit durch Mehreinnahmen seitens des Bundes beheben zu wollen, ist falsch und zudem gemeingefährlich.

Die Geschichte hat bewiesen, dass der Bund, sobald er über mehr Geld verfügt, neue Aufgaben annimmt, um dann bei der erstbesten Gelegenheit neue Einnahmequellen zu erschliessen. Dabei handelt es sich hier nicht um eine Teufelsspirale, sondern um einen regelrechten Teufelskreis. Ein ganz leidiges und spezielles Kapitel bilden in diesem Trauerspiel – ein Trauerspiel ohne Deus ex machina, wohlverstanden – unsere Beziehungen zum Ausland, welche uns sage und schreibe – dazu rechne ich auch das Geld, welches wir für Asylbewerber an Ort und Stelle, also in der Schweiz, ausgeben – weit über 5 Milliarden Franken kosten. Das hat mit der vielgepriesenen Solidarität und der ebensooft angebrachten Nächstenliebe nichts mehr zu tun. Das ist in unseren Augen schlicht und einfach Misswirtschaft, welche auf dem atavistischen schlechten Gewissen unseres Landes beruht. Die Schweiz sei ja reich, die Schweiz könne es sich leisten – ja, sie müsse es sich leisten können, grosszügig zu sein. Im Kanton Tessin beispielsweise leben – das wird in anderen Kantonen ebenso der Fall sein, nur kenne ich die Bedingungen in meinem Heimatkanton etwas besser – 69 000 Menschen mit weniger als 18 000 Franken im Jahr; aber diese Tatsache scheint niemanden gross zu stören.

Es geht darum, dem Staat die Mittel zu entziehen, damit er nicht weitere Kosten verursacht und weitere Aufgaben übernimmt. Deshalb dürfen keine neuen Steuern mehr bewilligt und die alten müssen, so gut es geht, abgebaut werden. Um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, muss mehr konsumiert werden, und um mehr konsumieren zu können, müssen der Bürger und die Bürgerin über mehr Geld verfügen können. Gerade dieses Geld darf nicht in die Bundeskassen fließen. Aus diesen Überlegungen lehnt die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi die Staatsrechnung 1993 ab.

**Marti Werner (S, GL),** Berichterstatter: Der Vorteil der Debatte über die Staatsrechnung besteht darin, dass man eigentlich nicht über die Staatsrechnung zu sprechen braucht, sondern Lösungsvorschläge machen kann, über die man dann nicht abstimmen muss. Diejenigen, die zur Staatsrechnung gesprochen haben und sich mit ihr auseinandergesetzt haben, sind sich einig: Einigkeit besteht in der Beurteilung, Einigkeit besteht auch in der Notwendigkeit der Sanierung. Ich verzichte darauf zu wiederholen, was ich einleitend gesagt habe und was diverse Fraktionssprecher ausgeführt haben.

Eine kurze Bemerkung zu den Lösungsvorschlägen: Ich muss feststellen, dass manche der Quadratur des Kreises gleichkommen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir ein Defizit von 8 Milliarden Franken haben, ein strukturelles Defizit in der Grössenordnung von 4 Milliarden Franken. Dazu zeigen uns

die Ergebnisse der Rechnung, die Zahlen des zu erwartenden Budgets sowie der Finanzplan klar, dass wir diese Fehlbeiträge mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht allein ausgaben-seitig beseitigen können.

Noch eine Bemerkung zur sozialen Wohlfahrt; von diversen Sprechern ist auf sie verwiesen worden: Wenn man sich mit der Rechnung auseinandergesetzt und diese analysiert hat, muss man feststellen, dass es am System unseres Sozialstaates liegt, dass dieser etwas kostet, wenn die Zeiten schlecht sind. Ein Schönwetter-Sozialstaat kostet bei schönem Wetter nichts, nützt bei schlechtem Wetter aber auch nichts; wenn wir einen Sozialstaat haben, der etwas nützt, dann kostet er bei schlechten Verhältnissen eben etwas. Ich erinnere Sie an die zusätzlichen Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung, bei der AHV, bei der IV und insbesondere – auch typisch – an die zusätzlichen Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen.

Eine letzte Bemerkung möchte ich noch zum Votum von Herrn Maspoli machen: Herr Maspoli ist Mitglied der Finanzkommission. Ein Mitglied der Finanzkommission muss sich während zirka vier Sitzungstagen mit der Rechnung auseinandersetzen. Bei Ihnen ist noch strittig, ob Sie während einer halben oder dreiviertel Stunde an einer Subkommissionsitzung teilgenommen haben. Aus diesem Verhalten hätte ich an und für sich geschlossen, dass Sie an der Rechnung kein Interesse haben. Ihr Votum hat mir gezeigt, dass Sie doch ein gewisses Interesse haben. Wenn Sie das haben, ersuche ich Sie, sich das nächste Mal mit der Rechnung auseinanderzusetzen.

**Stich Otto, Bundespräsident:** Bei dieser Rechnungsdebatte habe ich, wenn ich so in den Saal blicke, den Eindruck gehabt, ich würde in die leere Bundeskasse schauen. Viel Neues habe ich leider nicht gelernt, deshalb will ich mich kurz fassen.

Sachlich nicht richtig ist, Herr Bühler Gerold, wenn Sie sagen, die Lage sei nicht dramatisch, man solle nicht dramatisieren. Wir sind im letzten Jahr mit der Verschuldung um 14 Milliarden höher gestiegen und erreichen jetzt 70 Milliarden. Der Fehlbeitrag hat sich innerhalb von kurzer Zeit verdoppelt. Wenn wir jetzt nicht etwas tun, werden wir Ende 1996 über 100 Milliarden Schulden haben; heute haben wir 70 Milliarden. 30 Milliarden zusätzliche Schulden, das würde schlicht und einfach bedeuten, dass wir im Jahre 1996 oder 1997 bei einem Zinssatz von 5 Prozent 1,5 Milliarden Franken aufbringen müssen, nur damit wir diese Schulden verzinsen können. Das würde eine um beinahe 1 Prozentpunkt höhere Mehrwertsteuer bedeuten.

Durch diese starke Verschuldung bringen wir uns in eine immer schwierigere Situation. Wir müssen nicht nach Maastricht schauen, wir müssen selber merken, dass es so nicht weitergeht.

Die Schulden sind das eine, aber die Katastrophe, die wir nachher nicht mehr korrigieren können, ist, dass wir durch diese Verschuldung ein Ungleichgewicht in der schweizerischen Gesellschaft produzieren. Das können wir nachher mit Sozialmassnahmen nicht mehr korrigieren. Wenn wir jedes Jahr mehr aufwenden müssen für Zinsen, wenn wir mehr Steuern erheben müssen – da sind sich ja die meisten einig; es müssen indirekte Steuern sein –, dann trifft das den kleinen Mann, die kleine Frau; das sind aber nicht die Leute, die nachher die Zinsen einkassieren. Das heisst: Mit der Verschuldung betreibt man eine Einkommensumverteilungspolitik, aber eine negative, die man nachher kaum mehr korrigieren kann. Das ist die Situation, wie sie sich heute in sehr vielen Industrieländern präsentiert, deshalb ist es illusorisch zu sagen, wegen der Arbeitslosigkeit sei die Verschuldung vertretbar. Wenn wir nichts tun, werden wir auf die Dauer natürlich zudem weniger konkurrenzfähig sein, und weniger Konkurrenzfähigkeit bedeutet alles andere als Abbau der Arbeitslosigkeit.

Ich bin etwas enttäuscht gewesen, Herr Bühler, dass Sie gesagt haben, die FDP sei gegen Steuererhöhungen. Die Wahlen sind erst das nächste Jahr – Sie sollten in diesem Jahr noch mithelfen, den Haushalt zu sanieren. Denn wenn wir warten, bis die Wahlen vorbei sind, haben Sie die Verantwortung zu übernehmen, dass wir nachher bedeutend mehr aufwenden müssen, nur um die Verzinsung der Bundesschulden sicherzustellen. Sie werden mir natürlich entgegen: Ja, sparen

Sie jetzt einmal. Da bitte ich Sie: Sprechen Sie einmal mit den Bundesräten der FDP, ich bin nicht alleine im Bundesrat. Sprechen Sie einmal mit ihnen, und sorgen Sie dafür, dass sie Vorschläge unterbreiten, die wirklich ins Gewicht fallen. Das gilt auch für andere; ich muss das auch sagen, um gerecht zu sein.

Aber entscheidend ist hier der Wille. Und ich muss Ihnen heute ganz klar sagen: Was wir bis jetzt an Massnahmen im dritten Sparpaket haben, dafür lohnt es sich noch nicht, ein Sparpaket zu schnüren. Das lohnt sich noch nicht.

Man kann sich trösten und sagen: 4 Milliarden Franken sind strukturelles Defizit. Das ist eine Schätzung, es gibt selbstverständlich auch andere Schätzungen. Ein Fachmann der Schweizerischen Bankgesellschaft hat gesagt, es seien etwa 80 Prozent. Der Währungsfonds, der die schweizerischen Verhältnisse auch untersucht hat, schätzt das strukturelle Defizit auf mindestens zwischen 60 und 80 Prozent. Rechnen Sie einmal aus, wieviel das bei 8 Milliarden Franken ergibt. Mit 4 Milliarden beseitigen wir das strukturelle Defizit also nicht!

Man muss sich noch bewusst sein, dass das strukturelle Defizit dauernd wächst. Es ist keine fixe Grösse. Je länger wir warten, desto mehr müssen wir tun. Denn all das, was wir jetzt durch die Verschuldung an Zinsen aufstocken, erhöht das strukturelle Defizit. Das bringt die Erholung der Konjunktur alles nicht zurück. Ich möchte Sie auch davor warnen: Wir haben für die Finanzplanjahre mit 2 Prozent realem Wachstum gerechnet – das ist eine sehr optimistische Annahme. Trotzdem sind wir in dieser Situation. Gerade deshalb muss ich Ihnen sagen: Wir kommen ohne zusätzliche Steuern nicht aus. Und zu Ihrem Trost muss ich Ihnen sagen: Schlagen Sie Seite 634 der Botschaft zur Staatsrechnung auf; Sie stellen dann fest: 1984 haben wir eine Fiskalquote von 9,4 Prozent und 1993 lediglich von 8,4 Prozent gehabt. Deshalb ist es nicht richtig, wenn Sie dauernd von steigender Steuerbelastung sprechen – das ist nicht wahr.

Natürlich bekommen wir jetzt vielleicht aufgrund der Mehrwertsteuer mehr in die Kasse. Bei den Treibstofföllen haben wir nicht so viel bekommen, wie wir ursprünglich geschätzt haben, das ist völlig richtig. Aber da spielt natürlich nicht nur die Preiserhöhung eine Rolle, sondern auch die Wechselkursentwicklung in Italien hat den Benzinkonsum gedämpft. Es spielt auch eine Rolle, dass heute Autos gebaut werden, die wesentlich weniger Benzin brauchen. Das heisst also: Insgesamt kann man sich als Automobilist nicht beklagen. Man fährt trotzdem billiger, auch wenn man etwas mehr für das Benzin bezahlt – denn man braucht auch weniger.

Hier sollten Sie die Dinge nicht dramatisieren, sondern im richtigen Licht sehen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mit Bezug auf Steuererhöhungen noch einmal über die Bücher gehen würden. Für Sparvorschläge bin ich immer zu haben, wenn sie realisierbar sind. Aber dafür braucht es auch Mehrheiten. Es ist nicht so, dass man bei den Beziehungen zum Ausland sparen kann, ohne dass in der Schweiz etwas passiert – ich muss ein bisschen um die Ecke blicken, damit ich ganz rechts hinten Herrn Dreher sehe –: Finanzhilfen geben wir im Prinzip nicht, damit nachher amerikanische, französische oder deutsche Waren gekauft werden, sondern in der Regel sind es Finanzierungen von schweizerischen Exporten; damit ist es eine Hilfe für die schweizerische Volkswirtschaft. Das muss man ganz klar sehen!

Ich weiss auch, wie viele Leute mit Programmen, Untersuchungen usw. beschäftigt sind. Das ist noch lange nicht alles. Es geht nicht so viel ins Ausland, wie uns viele Leute heute glauben machen wollen, um auf diese Weise die Entwicklungshilfe oder die Finanzhilfen kritisieren zu können.

Es ist ganz klar: Wenn wir den Haushalt sanieren wollen, müssen im Prinzip überall Abstriche in Kauf genommen werden. Das ist unbestritten, anders geht es nicht.

Ich komme noch zum Postulat Rebeaud. Es ist richtig, Herr Rebeaud, wir haben ein Postulat von Ihnen entgegengenommen, und Postulate prüfen wir. Wir überlegen uns, was gut an dem Anliegen ist. Wenn etwas gut ist, dann probieren wir, es umzusetzen, was wir auch in Ihrem Fall gemacht haben. Aber was nicht gut ist, übernehmen wir begrifflicherweise nicht. Sie verlangen, die Ergebnisse dieser Studie müssten in einem Be-

richt veröffentlicht werden. Im Moment haben wir im Finanzdepartement ganz andere Sorgen, als Berichte zu schreiben. Wir sollten etwas tun, und zwar nicht zuletzt auch in bezug auf die Beschäftigung. Das kann nicht bedeuten, dass man einfach Beschäftigungsmassnahmen vorsieht. Sie haben recht: Sie können eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit fordern; das ist eine Frage, die wir wirklich prüfen. Für den Wechsel zu Vollzeitarbeit mit Weiterbildungsphasen hingegen ist es wahrscheinlich nicht gerade der richtige Moment. Dafür würden die Bürgerinnen und Bürger vermutlich wenig Verständnis aufbringen. Aber die Förderung von Teilzeitstellen, Job-sharing, das sind Dinge, denen wir tatsächlich nachgekommen sind und weiterhin nachkommen. Darum müssen Sie sich nicht weiter kümmern.

Sie dürfen nicht glauben, wir würden Postulate nicht ernst nehmen. Wir tun etwas, aber ich will Ihnen offen sagen – das ist vermutlich ein kleiner Fehler, den ich immer mache –: Postulate, in denen ein Bericht verlangt wird, muss man ablehnen. Und wenn ein Bundesratskollege bereit ist, ein Postulat, das einen Bericht verlangt, zu akzeptieren, dann sage ich ihm kühl und sachlich: In Ihrem Departement arbeiten offenbar zu viele Leute, die mit irgend etwas zu beschäftigen sind. Von Berichten leben wir nicht. Die Situation ist so, dass etwas getan werden soll und getan werden muss.

Ganz am Schluss zu Herrn Fischer-Hägglingen: Es würde noch viel zu sagen geben, ich weiss es. Er hat mir gesagt, ich solle nicht auf neue Einnahmen schießen. Herr Fischer, ich kann Ihnen sagen, ich schiele nicht darauf, ich schaue direkt in diese Richtung! (*Heiterkeit*)

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Maspoli Flavio** (D, TI): Ich habe von Ihnen einen solchen Angriff erwartet. Ich werde mich für mein Erscheinen oder Nichterscheinen in der Finanzkommission, Herr Marti Werner, eventuell bei meinen Wählern entschuldigen, ganz bestimmt aber nicht bei Ihnen. Zudem hat der Bund dank meinem Nichterscheinen 4000 Franken gespart. Wenn alle 200 hier das gleiche getan hätten, wäre jetzt das Defizit um 800 000 Franken geringer!

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, Herr Marti: Ihr Erscheinen in der Finanzkommission und Ihre grossgeschwollenen Reden, die Sie da führen, haben die in irgendeiner Weise dazu beigetragen, dass das Defizit abgebaut wurde? Die Antwort gebe ich Ihnen: Nein!

#### *Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

### **A. Bundesbeschluss I über die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1993**

#### **A. Arrêté fédéral I concernant le compte d'Etat de la Confédération suisse pour l'année 1993**

##### **Titel und Ingress, Art. 1, 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### **Titre et préambule, art. 1, 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

##### *Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

##### *Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aregger, Bär, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Blatter, Bodenmann, Borel François, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Bürgi, Caccia, Camponovo, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, Daepf, Danuser, David, Deiss, Dettling, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fa-

sel, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Giger, Gobet, Gonseth, Graber, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Rudolf, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledergerber, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maitre, Mamie, Marti Werner, Matthey, Meier Hans, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Raggenbass, Rebeaud, Rechsteiner, Ruckstuhl, Ruffi, Rychen, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Suter, Theubet, Vetterli, Vollmer, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Zbinden, Züger (102)

##### *Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Borer Roland, Borradori, Dreher, Giezendanner, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Maspoli, Mauch Rolf, Miesch, Moser, Reimann Maximilian, Ruf, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Spielmann, Stalder, Stamm Luzi, Steinemann (19)

##### *Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Dünki, Fehr, Grendelmeier, Maeder, Meier Samuel, Sieber, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Zwygart (9)

##### *Abwesend sind – Sont absents:*

Aguet, Allenspach, Aubry, Baumann, Baumberger, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Caspar-Hutter, Columberg, Couchepin, Darbellay, de Dardel, Diener, Dormann, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Früh, Goll, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Herczog, Hildbrand, Jaeger, Jäggi Paul, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Mauch Ursula, Maurer, Meyer Theo, Müller, Neuenschwander, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Robert, Rohrbasser, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Steffen, Steingger, Strahm Rudolf, Stucky, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Wanner, Wyss William, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwahlen (69)

##### *Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:*

Haller

(1)

### **B. Bundesbeschluss II über die Rechnung 1993 des Bundesamtes für Rüstungsbetriebe**

#### **B. Arrêté fédéral II concernant les comptes de l'Office fédéral de la production d'armements pour l'année 1993**

##### **Titel und Ingress, Art. 1–3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### **Titre et préambule, art. 1–3**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

##### *Namentliche Gesamtabstimmung*

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

##### *Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aregger, Bär, Béguelin, Berger, Bezzola, Blatter, Bodenmann, Borel François, Borradori, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, Daepf, Danuser, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Epiney, Fasel, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Giger, Gobet, Graber, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Rudolf, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hubacher, Iten Joseph, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Ledergerber, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maitre, Mamie,

Marti Werner, Maspoli, Matthey, Mauch Rolf, Meier Hans, Miesch, Mühlmann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rychen, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Stucky, Suter, Theubet, Vetterli, Vollmer, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Zbinden, Züger (106)

*Dagegen stimmen – Rejettent le projet:*  
Spielmann, Stalder (2)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*  
Bäumlin, Borer Roland, Carobbio, Dünki, Fankhauser, Gonsath, Grendelmeier, Hollenstein, Jeanprêtre, Jenni Peter, Maeder, Meier Samuel, Misteli, Moser, Sieber, Steinemann, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Zwygart (19)

*Abwesend sind – Sont absents:*  
Aguet, Allenspach, Aubry, Baumann, Baumberger, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann, Caspar-Hutter, Columberg, Couchepin, Darbellay, de Dardel, Diener, Dormann, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Goll, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Herczog, Hildbrand, Jaeger, Jäggi Paul, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Mauch Ursula, Maurer, Meyer Theo, Müller, Neuenschwander, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Robert, Rohrbasser, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Steffen, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Wanner, Wyss William, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwahlen (72)

*Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:*  
Haller (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

94.021

## Voranschlag 1994. Nachtrag I Budget 1994. Supplément I

Botschaft und Beschlussentwurf vom 30. März 1994  
Message et projet d'arrêté du 30 mars 1994

Bezug bei der Eidgenössischen Drucksachen-  
und Materialzentrale, 3000 Bern  
S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral  
des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

**Marti Werner** (S, GL), Berichterstatter: Mit dem Nachtrag I beantragt der Bundesrat Zahlungskredite in der Grössenordnung von 270 Millionen Franken: sieben Kreditübertragungsgesuche von 15,1 Millionen insgesamt und 33 Begehren um einen Nachtragskredit in der Gesamthöhe von 256,7 Millionen Franken. Diese teilen sich hauptsächlich auf drei Positionen auf: Erstens geht es um 150 Millionen Franken für ergänzende Direktzahlungen und Öko-Beiträge, zweitens um 28 Millionen Franken für Prämiennachzahlungen für die Jahre 1990 bis 1993 für die Unfallversicherung, drittens um 15 Millionen Franken für die Hilfe an Palästina und regionale Entwicklungszusammenarbeit. Hier liegt ein Minderheitsantrag Frey Walter

vor; ich werde bei der Behandlung des Minderheitsantrages zu dieser Position Stellung beziehen.

Im weiteren beantragt der Bundesrat in Vollziehung der Sanierungsmassnahmen die Kürzung diverser Verpflichtungskredite. Umstritten ist dabei die Kürzung des Verpflichtungskredits für Sondermassnahmen für die berufliche Weiterbildung. Hier liegen die Anträge Bäumlin und Stamm Judith vor. Ich werde auch dort bei der Detailberatung im Namen der Kommission Stellung beziehen.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen mit 15 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen Zustimmung zum Nachtrag I.

**Camponovo Geo** (R, TI), relatore: I dati sono noti, sono stati presi dal relatore di lingua tedesca. Sono proposti supplementi di credito per 270 milioni di franchi, compensati, con una manovra che la Commissione delle finanze ha apprezzato, da una riduzione dei crediti di impegno di circa 390 milioni di franchi.

E' in particolare su questi crediti che dovrà concentrarsi l'attenzione del Parlamento; dice il Consiglio federale nel suo messaggio: «Afin d'éviter que de nouveaux engagements soient pris et, par voie de fait, de nouvelles contraintes créées, le Conseil fédéral a par précaution bloqué les crédits d'engagements en question.» La Commissione delle finanze vi propone di accettare la proposta del Consiglio federale con 15 voti favorevoli e 2 astensioni.

**Leemann Ursula** (S, ZH): Wir haben dieses Jahr mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, dass die Nachtragskreditbegehren ganz wesentlich geringfügiger ausfallen als in den beiden Vorjahren. Es handelt sich wirklich um nicht vorherzusehende oder schwer abzuschätzende Ausgaben, die wir durchaus genehmigen können. Der Vergleich mit den Vorjahren lässt uns auch bei den Nachtragskrediten Lehren ziehen. Zum einen wirkt sich sicher der harte Sparwille des Finanzministers hier aus, das können wir voraussetzen. Das war schon vor einem Jahr der Fall. Aber für uns selber und den Bundesrat müssen wir auch festhalten: Absehbare, notwendige Massnahmen dürfen, auch wenn sie nicht unbedingt populär sind, nicht aufgeschoben werden. Ich denke hier beispielsweise an die Arbeitslosenversicherung. Auf Kürzungen, die unrealistisch sind und eher als kosmetisch bezeichnet werden müssen, sei es bei den Wirtschaftsannahmen oder aus anderen Gründen, muss verzichtet werden.

Ich stelle auch fest, dass bei einer grösseren Zahl der Nachtragsbegehren eine Kompensation vorgesehen ist. Praktisch bedeutet dies, dass es keine Mehrausgaben sind, es geht vielmehr um eine Verschiebung der Prioritäten innerhalb der Verwaltung. Solange die Verhältnismässigkeit gewahrt wird, haben wir keinen Grund, dies der Verwaltung, der Exekutive, nicht auch zuzugestehen. Wir können nicht immer von Flexibilität sprechen und dann im Einzelfall die Zustimmung verweigern.

Die Kürzungen bei den Verpflichtungskrediten sind zumindest für mich eine eher neue, ungewöhnliche Erscheinung, aber ich glaube, sie sind als logische Folgerung aus den vorangegangenen Kürzungen bei den Voranschlägen hinzunehmen. Selbstverständlich machen mir einzelne von ihnen keine Freude. Wir haben beispielsweise allen Kürzungen bei den Krediten für die Nutzung erneuerbarer Energien und denjenigen im Bildungsbereich widersprochen. In Anbetracht der Dinge, d. h. der erfolgten Kürzungen in den Räten und der finanziellen Lage, bleibt uns heute aber kaum etwas anderes als Zustimmung auch zur Kürzung der Verpflichtungskredite übrig – mit einer Ausnahme, nämlich beim Kredit für Sondermassnahmen für die berufliche Weiterbildung, auf den in der Detailberatung zurückzukommen ist.

Im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie bitten, auf den Bundesbeschluss mit den Nachtragskreditbegehren einzutreten und die Nachträge zu bewilligen, ebenso den Kürzungen – mit Ausnahme des Sonderkredits für die berufliche Weiterbildung – zuzustimmen.

**Le président:** Le groupe AdI/PEP communique qu'il approuvera ce crédit supplémentaire.

## Staatsrechnung 1993

### Compte d'Etat 1993

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.020
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	766-777
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 084